



# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 4/2023

13. Februar 2023

## Inhaltsverzeichnis

**Gesetz über die Gewährung einer Energiepreispause an sächsische Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (Sächsisches Energiepreispause-Gesetz – SächsEPPG) vom 1. Februar 2023** ..... 34

Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Sächsischen Straßenverkehrsrechtsverordnung vom 21. Dezember 2022 ..... 35

Elfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Verordnung zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs vom 6. Februar 2023 ..... 36

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Änderung von vermögensrechtlichen Bestimmungen vom 25. Januar 2023 ..... 37

Verordnung des Landratsamtes Bautzen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Bernsdorfer Teichlandschaft“ vom 23. Januar 2023 ..... 42

# Gesetz über die Gewährung einer Energiepreispauschale an sächsische Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (Sächsisches Energiepreispauschale-Gesetz – SächsEPPG)

**Vom 1. Februar 2023**

Der Sächsische Landtag hat am 1. Februar 2023 das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1 Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Gewährung einer einmaligen Energiepreispauschale zur Abmilderung der gestiegenen Energiekosten.

(2) Die Energiepreispauschale nach diesem Gesetz erhalten

1. Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte,
2. Witwen und Witwer,
3. Unterhaltsbeitragsempfängerinnen und Unterhaltsbeitragsempfänger sowie
4. Altersgeldempfängerinnen und Altersgeldempfänger des Freistaates Sachsen, der Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die weltanschaulichen Gemeinschaften sowie deren Verbände.

## § 2 Höhe, Anspruchsvoraussetzungen und Ausschlussgründe

(1) Berechtigte nach § 1 Absatz 2 erhalten eine einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, wenn sie am 1. Dezember 2022

1. einen Versorgungsbezug nach Maßgabe des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1045), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 142) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erhalten und
2. einen Wohnsitz im Inland haben.

(2) Sofern Berechtigte nach § 1 Absatz 2

1. Anspruch auf eine Energiepreispauschale nach Abschnitt XV des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 3 des

Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, haben oder

2. im Dezember 2022

- a) eine Rente nach § 74 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 oder 3 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes beziehen oder
- b) anzurechnende Versorgungsbezüge nach § 73 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 4 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes erhalten,

wird keine Energiepreispauschale nach diesem Gesetz gewährt. Zur Feststellung des Vorliegens der in Nummer 1 und 2 genannten Ausschlussgründe obliegt den Berechtigten eine Anzeige- und Mitwirkungspflicht.

## § 3 Auszahlung und Rückforderung

(1) Die Energiepreispauschale ist durch die Pensionsbehörde nach § 64 Absatz 1 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes auszus zahlen. Sie ist mit den laufenden Bezügen zu gewähren, sofern kein Ausschlussgrund nach § 2 Absatz 2 vorliegt.

(2) Die Gewährung der Energiepreispauschale nach diesem Gesetz steht unter dem Vorbehalt der Rückforderung erst nachträglich bekanntwerdender Tatsachen, dass ein Ausschlussgrund nach § 2 Absatz 2 vorliegt. Wurde die Energiepreispauschale nach diesem Gesetz ohne rechtlichen Grund gewährt, ist sie in voller Höhe zurückzuzahlen. § 66 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes gilt entsprechend.

## § 4 Versorgungsrechtliche Auswirkungen

Die einmalige Energiepreispauschale unterliegt nicht den Ruhens- und Kürzungsbestimmungen des Abschnitts 9 des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes.

## § 5 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 2022 in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Dresden, den 1. Februar 2023

Der Landtagspräsident  
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident  
Michael Kretschmer

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann

**Erste Verordnung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
zur Änderung der Sächsischen Straßenverkehrsrechtsverordnung**

**Vom 21. Dezember 2022**

Auf Grund des § 27 Satz 1 des Sächsischen Straßenverkehrsrechtsgesetzes vom 3. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 317) verordnet das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

**Artikel 1  
Änderung der Sächsischen  
Straßenverkehrsrechtsverordnung**

Die Sächsische Straßenverkehrsrechtsverordnung vom 28. April 2021 (SächsGVBl. S. 514) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 6 wird folgender § 7 eingefügt:

**„§ 7  
Zuständigkeit nach der Autonome-Fahrzeuge-  
Genehmigungs-und-Betriebs-Verordnung**

Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr ist die nach sächsischem Landesrecht zuständige Behörde im Sinne von § 1 Absatz 3 der Autonome-Fahrzeuge-Genehmigungs-und-Betriebs-Verordnung vom 24. Juni 2022 (BGBl. I S. 986).“

2. Die bisherigen §§ 7 und 8 werden die §§ 8 und 9.

**Artikel 2  
Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 21. Dezember 2022

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

# Elfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Verordnung zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

**Vom 6. Februar 2023**

- Auf Grund
- des § 7 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen vom 14. Dezember 1995 (SächsGVBl. S. 412, 449) im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und dem Staatsministerium des Innern sowie
  - des § 16 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899)
- verordnet das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

## Artikel 1 Änderung der Verordnung zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs vom 29. April 2009 (SächsGVBl. S. 232), die zuletzt durch die Verordnung vom 22. November 2021 (SächsGVBl. S. 1285) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1d Satz 5 Nummer 1 wird das Wort „Schülern“ durch die Wörter „Schülerinnen und Schülern“ ersetzt.
  - b) In Absatz 1e Satz 1 wird das Wort „Schülern“ durch die Wörter „Schülerinnen und Schülern“ ersetzt.
  - c) Nach Absatz 1g wird folgender Absatz 1h eingefügt:  
„(1h) Für die Jahre 2022 und 2023 werden die Zuweisungen nach Absatz 1 Satz 1 um die in Anlage 7 genannten Festbeträge ergänzt und 2023 ausgezahlt. Die Zusammenschlüsse reichen diese ergänzenden Zuweisungen anteilig und nach einem sachgerechten Maßstab an die anderen kommunalen Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs in ihrem Gebiet weiter. Die Empfänger sind verpflichtet,
    1. die Mittel gemäß Absatz 4 Nummer 1 zu verwenden und
    2. ihrem Zusammenschluss spätestens einen Monat vor Ablauf der in § 3 Absatz 1 Satz 2 genannten Fristen Auskunft über die Verwendung der Mittel für dessen Nachweis gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 zu geben
 Die ergänzenden Zuweisungen für das Jahr 2022 können bis zum 30. Juni 2023 verausgabt werden.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:  
„Die Zusammenschlüsse weisen dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr die zweckentsprechende Verwendung der auf sie nach Anlage 7 entfallenden ergänzenden Zuweisungen für das Jahr 2022 gesondert bis zum 31. Juli 2023 und für das Jahr 2023 gesondert bis zum 31. Mai 2024 nach. Dies gilt auch für nach § 1 Absatz 1h Satz 2 weitergereichte Mittel.“
  - b) Dem Absatz 5 werden folgende Sätze angefügt:  
„Sie übermitteln dem Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr auf Anforderung halbjährlich erstmals im Jahr 2023 Daten zur Entwicklung der Energiekosten. Die Verpflichtung zur Übermittlung nach Satz 2 gilt entsprechend für die anderen kommunalen Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber ihrem Zusammenschluss.“

3. Folgende Anlage 7 wird angefügt:

„Anlage 7 (zu § 1 Absatz 1h Satz 1) Den Zusammenschlüssen für die Jahre 2022 und 2023 für den öffentlichen Personennahverkehr zuzuweisende ergänzende Festbeträge in Euro	
1. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	
2022	18 804 044
2023	21 192 696
2. Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	
2022	16 108 587
2023	18 154 838
3. Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe	
2022	16 647 836
2023	18 762 485
4. Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien	
2022	7 058 167
2023	7 954 755
5. Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr Vogtland	
2022	5 457 707
2023	6 150 992“.

## Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 6. Februar 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Martin Dulig

# Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Änderung von vermessungsrechtlichen Bestimmungen

Vom 25. Januar 2023

Das Staatsministerium für Regionalentwicklung verordnet aufgrund des

- § 29 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 6 und 8 des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 148), von denen Nummer 1 durch Artikel 2 Nummer 9 Buchstabe a des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 134) neu gefasst, Nummer 4 durch Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe b des Gesetzes vom 3. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 242) geändert sowie Nummer 5 und 6 durch Artikel 2 Nummer 9 Buchstabe c des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden sind,
- § 29 Absatz 2 Satz 1 bis 3 des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 148), von denen Satz 1 und 2 durch Artikel 1 Nummer 18 Buchstabe b des Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 24. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 431) geändert und Satz 3 durch Artikel 2 Absatz 16 Nummer 2 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) neu gefasst worden sind, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen:

## Artikel 1

### Änderung der Sächsischen Vermessungskostenverordnung

Die Sächsische Vermessungskostenverordnung vom 29. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 551), die durch Artikel 17 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden die Wörter „und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“ durch die Wörter „sowie der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“ ersetzt.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 werden die Wörter „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“ durch die Wörter „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“ und die Wörter „das Gesetz vom 24. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 431)“ durch die Wörter „Artikel 15 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517)“ ersetzt.
  - b) In Absatz 3 werden die Wörter „die Verordnung vom 10. August 2014 (SächsGVBl. S. 455)“ durch die Wörter „Verordnung vom 25. März 2021 (SächsGVBl. S. 426)“ ersetzt.
3. In § 5 Absatz 1 Nummer 3 werden die Wörter „Artikel 2 der Verordnung vom 29. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 551)“ durch die Wörter „Artikel 16 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517)“ ersetzt.
4. Anlage 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Der Abschnitt „Gesetze und Verordnungen“ wird wie folgt geändert:
    - aa) Im zweiten Absatz werden die Wörter „Artikel 40 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586)“ durch die Wörter „Artikel 136 des Ge-

setzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)“ ersetzt.

- bb) Im dritten Absatz werden die Wörter „Artikel 9 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217)“ durch die Wörter „Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Juni 2022 (BGBl. I S. 959)“ ersetzt.
  - cc) Im vierten Absatz werden die Wörter „das Gesetz vom 24. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 431)“ durch die Wörter „Artikel 15 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517)“ ersetzt.
  - dd) Im fünften Absatz werden die Wörter „Artikel 20 des Gesetzes vom 11. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 358)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29)“ ersetzt.
  - ee) Im sechsten Absatz werden die Wörter „durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. Juni 2014 (SächsGVBl. S. 332)“ durch die Wörter „zuletzt durch Artikel 14 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517)“ ersetzt.
  - ff) Im siebenten Absatz werden die Wörter „Artikel 2 der Verordnung vom 29. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 551)“ durch die Wörter „Artikel 16 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517)“ ersetzt.
- b) Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
- aa) Die Angabe zu Tarifstelle 11 wird wie folgt gefasst:

„Bereitstellung von Informationen aus den Datenbeständen des amtlichen Vermessungswesens durch Gemeinden sowie Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“.
  - bb) In der Angabe zu Tarifstelle 12 werden nach dem Wort „Abmarkungen“ die Wörter „nach § 3 Abs. 3 Satz 3 SächsVermKatGDVO“ angefügt.
  - cc) In der Angabe zu Tarifstelle 16 wird das Wort „Vermessungsingenieure“ durch die Wörter „Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“ ersetzt.
- c) Tarifstelle 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Tarifstelle 1.1.3 Spalte 2 wird wie folgt geändert:
    - aaa) In Satz 1 Satzteil nach Buchstabe c wird nach dem Wort „Buchstaben“ die Angabe „a bis“ durch die Angabe „b und“ ersetzt.
    - bbb) In Satz 2 werden das Komma und die Wörter „12.1 sowie 12.2.“ durch die Angabe „sowie 12.1“ ersetzt.
  - bb) In Tarifstelle 1.1.7 werden die Wörter „nach § 6 Abs. 3 SächsVermKatG in Verbindung mit § 8 Abs. 2 Nr. 1 SächsVermKatGDVO“ durch die Wörter „oder die Änderung der Nutzung nach § 6 Abs. 3 SächsVermKatG in Verbindung mit § 8 Abs. 2 SächsVermKatGDVO“ ersetzt.
  - cc) In Tarifstelle 1.2.3 Spalte 2 Satz 1 werden das Komma und die Wörter „wenn sie der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dienen.“ durch einen Zeilenumbruch ersetzt.
  - dd) In Tarifstelle 1.3.2 Spalte 2 wird die Angabe „20“ durch die Angabe „40“ ersetzt.

- ee) In Tarifstelle 1.3.3 Spalte 2 wird die Angabe „8.11.“ gestrichen.
- d) In Tarifstelle 3.3 Spalte 2 werden die Wörter „von Amts wegen“ durch die Wörter „im Falle einer Ersatzvornahme“ ersetzt.
- e) In Tarifstelle 4.1 Spalte 3 wird die Angabe „740“ durch die Angabe „1000“ ersetzt.
- f) Tarifstelle 6 wird wie folgt geändert:
- aa) In Tarifstelle 6.1 und 6.4 wird jeweils in Spalte 3 die Angabe „30“ durch die Angabe „40“ ersetzt.
- bb) In den Tarifstellen 6.2.1 und 6.3 wird jeweils in Spalte 3 die Angabe „205“ durch die Angabe „280“ und die Angabe „70“ durch die Angabe „90“ ersetzt.
- cc) In Tarifstelle 6.2.2 wird in Spalte 3 die Angabe „70“ durch die Angabe „90“ ersetzt.
- dd) Folgende Tarifstelle 6.5 wird angefügt:

Tarifstelle	Gegenstand	Gebühr in EUR
„6.5*“	Erneute Abmarkung von Grenzpunkten nach § 16 Abs. 7 SächsVermKatGDVO	
6.5.1*	ohne Zusammenhang mit Katastervermessungen, die nach Tarifstelle 2, 3, 4 oder 5 gebührenpflichtig oder nach Tarifstelle 1.1.3 kostenfrei sind	280, zuzüglich 90 je abgemarkter Grenzpunkt
6.5.2*	im Zusammenhang mit Katastervermessungen, die nach Tarifstelle 2, 3, 4 oder 5 gebührenpflichtig oder nach Tarifstelle 1.1.3 kostenfrei sind	90 je abgemarkter Grenzpunkt“.

- g) Tarifstelle 8 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Tarifstellen 8.1 bis 8.4 werden wie folgt gefasst:

Tarifstelle	Gegenstand	Gebühr in EUR
„8.1*“	Entfernung von Grenzmarken aus Anlass des Wegfalls von Grenzpunkten oder der Verschmelzung von Flurstücken Diese Tarifstelle ist nicht anzuwenden, wenn eine unrichtig eingebrachte Grenzmarke nach § 17 Abs. 1 Satz 3 SächsVermKatG zu entfernen ist.	20, zuzüglich 20 je entfernte Grenzmarke

8.2*	Sicherung von Grenzmarken nach § 6 Abs. 2 Satz 4 SächsVermKatG ohne Zusammenhang mit Katastervermessungen, die nach den Tarifstellen 2 bis 7 gebührenpflichtig sind	280, zuzüglich 20 je gesicherter Grenzmarke
8.3	Erteilung einer Bescheinigung zur Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster durch die untere Vermessungsbehörde bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen	75
8.4*	Aufmessung der Nutzung eines Flurstückes auf Antrag	280, zuzüglich 200 je betroffenes Flurstück“.

- bb) In Tarifstelle 8.9 wird in Spalte 3 die Angabe „205“ durch die Angabe „280“ ersetzt.
- cc) Tarifstelle 8.11 wird aufgehoben.
- h) In Tarifstelle 9.5 Spalte 2 werden nach der Angabe „6.2.1“ die Wörter „oder nach Tarifstelle 6.5.1“ eingefügt.
- i) In Tarifstelle 10.9 Spalte 3 wird die Angabe „15“ durch die Angabe „20“ ersetzt.
- j) Tarifstelle 11 wird wie folgt gefasst:

Tarifstelle	Gegenstand	Gebühr in EUR
„11“	Bereitstellung von Informationen aus den Datenbeständen des amtlichen Vermessungswesens durch Gemeinden sowie Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure	
11.1	Erteilung der Befugnis nach § 12 Abs. 1 Satz 1 SächsVermKatG	100
11.2*	Übermittlung der Präsentationsausgabe durch die Gemeinde oder die Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin oder den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur	100 Prozent der Gebühr nach den Tarifstellen 10.1 bis 10.6“.

- k) Tarifstelle 12 wird wie folgt gefasst:

Tarifstelle	Gegenstand	Gebühr in EUR
„12“	Übermittlung von Vorbereitungsdaten zur Durchführung von Katastervermessungen und Abmarkungen nach § 3 Abs. 3 Satz 3 SächsVermKatGDVO	

12.1	zum Zweck der Katastervermessung a) zur Bildung von Flurstücken, b) zur Grenzwiederherstellung, c) aufgrund einer Mitteilung nach § 15 Abs. 3 SächsVermKatG in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SächsVermKatGDVO oder d) aufgrund § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SächsVermKatGDVO	25 bis 150
12.2	zum Zweck der Katastervermessung an langgestreckten Anlagen	100 bis 500
12.3	zum Zweck der Katastervermessung zur Grenzwiederherstellung a) der Außengrenze eines Flurbereinigungsgebietes, b) der Neuvermessungsgbietsgrenze oder c) der Verfahrensgebietsgrenze in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz oder nach Abschnitt 8 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes	kostenfrei“.

- l) In den Tarifstellen 13.1, 13.2 und 13.3 wird jeweils in Spalte 3 die Angabe „15“ durch die Angabe „20“ ersetzt.
- m) In Tarifstelle 15.2 Spalte 2 werden das Komma und die Wörter „wenn sie der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dienen.“ durch einen Zeilenumbruch ersetzt.
- n) Tarifstelle 16 wird wie folgt geändert:  
aa) In Tarifstelle 16 Spalte 2 wird das Wort „Vermessungsingenieure“ durch die Wörter „Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“ ersetzt.  
bb) Tarifstelle 16.10 wird aufgehoben.

5. Anlage 2 Tabelle 1 bis 5 und die beiden folgenden Absätze werden wie folgt gefasst:

„Tabelle 1

(zu Anlage 1 Tarifstelle 2)

**Grenzwiederherstellung bei Katastervermessung zum Zweck der Bildung von Flurstücken**

Anzahl der Grenzpunkte	Gebühr in EUR
1	520
2	960
3	1 330
4	1 660
5	1 950
6	2 210
7	2 450
8	2 670
9	2 880
10	3 080
je weiterer Grenzpunkt	+190

**Tabelle 2**

(zu Anlage 1 Tarifstelle 2 und 8.7)

**Grenzfeststellung bei Katastervermessung zum Zweck der Bildung von Flurstücken, Sonderung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen nach § 14 Abs. 2 Satz 3 SächsVermKatG auf Antrag**

Fläche des Trennstückes in m²	Gebühr in EUR			
	Kategorie I Gewässer, Wald und Flächen für die Landwirtschaft	Kategorie II Bauerwartungsland, Rohbauland, baureifes und bebautes Land in Gemeinden bis 40 000 Einwohner/-innen	Kategorie III Bauerwartungsland, Rohbauland, baureifes und bebautes Land in Gemeinden über 40 000 Einwohner/-innen	Kategorie IV alle Flächen, die nicht in Kategorie I bis III einzuordnen sind
bis 50	310	520	640	360
größer 50 bis 150	450	780	980	550
größer 150 bis 1 400	730	1 170	1 360	840
größer 1 400 bis 5 000	1 020	1 550	1 740	1 210
größer 5 000 bis 10 000	1 310	1 830	2 210	1 550
je weitere angefangene 10 000	+100	+100	+100	+100

Der Einordnung eines Trennstückes in eine der vorstehenden Kategorien sind Angaben

- a) eines geltenden Bebauungsplans,  
b) eines geltenden Flächennutzungsplans,  
c) einer geltenden Ergänzungssatzung oder  
d) einer geltenden Entwicklungssatzung zugrunde zu legen. Maßgeblicher Zeitpunkt hierfür ist die Beendigung der kostenpflichtigen öffentlich-rechtlichen Leistung. Die Einordnung der Gemeinden nach Einwohnerinnen und Einwohnern richtet sich nach der vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen herausgegebenen Gemeindestatistik.

**Tabelle 3**

(zu Anlage 1 Tarifstelle 3)

**Katastervermessung zur Aufnahme von Gebäuden (Gebäudeaufmessung)**

Gesamtgrundfläche der Gebäude in m²	Gebühr in EUR
bis 50	320
größer 50 bis 300	790
größer 300 bis 500	1 080
größer 500 bis 1 000	1 640
größer 1 000 bis 5 000	2 820
größer 5 000 bis 10 000	4 600
größer 10 000	7 200

**Tabelle 4**

(zu Anlage 1 Tarifstelle 4, 8.8 und 9.3)

**Katastervermessung zur Grenzwiederherstellung, Katastervermessung aufgrund einer Mitteilung nach § 15 Abs. 3 SächsVermKatG in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SächsVermKatGDVO und aufgrund § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SächsVermKatGDVO, Übernahme der Ergebnisse von Katastervermessungen, die nach Tarifstelle 4 gebührenpflichtig sind**

Anzahl der Grenzpunkte	Gebühr in EUR
1	740
2	1 240
3	1 700
4	2 130
5	2 530
6	2 900
7	3 240
8	3 550
9	3 840
10	4 110
je weiterer Grenzpunkt	+250

**Tabelle 5**

(zu Anlage 1 Tarifstelle 5)

**Katastervermessung an langgestreckten Anlagen**

Flurstücksdichte	Gebühr in EUR je laufender Meter Streckenlänge
bis 5	8,60
über 5 bis 15	9,60
über 15	10,60

Die Streckenlänge ist die auf die Achse der langgestreckten Anlage bezogene, beantragte Länge der Katastervermessung.

Die Flurstücksdichte errechnet sich aus der Anzahl der auf der gesamten Streckenlänge beiderseits der langgestreckten Anlage neugebildeten Flurstücke bezogen auf 100 m Streckenlänge.“

**Artikel 2****Änderung der Durchführungsverordnung zum Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetz**

Die Durchführungsverordnung zum Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetz vom 6. Juli 2011 (SächsGVBl. S. 271), die zuletzt durch Artikel 16 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In der Inhaltsübersicht werden in der Angabe zu § 19 die Wörter „und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure“ durch die Wörter „sowie Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“ ersetzt.
- § 3 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:  
 „(3) Die Vermessungsbehörden stellen den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieuren Vorbereitungsdaten in digitalisierter Form zum Abruf über Datenverarbeitungsverfahren bereit. Die Vorbereitungsdaten enthalten die für die Durchführung von Katastervermessungen und Abmarkungen erforderlichen Informationen aus
  - den Bestandsdaten des Liegenschaftskatasters und den Liegenschaftskatasterakten,
  - dem Nachweis der Grenzen des Freistaates Sachsen sowie
  - den Daten des geodätischen Raumbezugs.
 Für Gebiete, in denen die erforderlichen Liegenschaftskatasterakten noch nicht in digitalisierter Form zum Abruf über Datenverarbeitungsverfahren bereitstehen, übermittelt die untere Vermessungsbehörde der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurin oder dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur auf Anforderung die Informationen aus den noch nicht in digitalisierter Form vorliegenden Liegenschaftskatasterakten.“
- In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „(SächsGVBl. S. 483)“ ein Komma und die Wörter „die durch Artikel 19 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist“ eingefügt.
- In § 6 Absatz 1 Nummer 2 werden die Wörter „das durch Artikel 232 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ durch die Wörter „das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794)“ ersetzt.
- § 9 wird wie folgt geändert:
  - In Absatz 1 werden nach dem Wort „Flächengröße“ das Komma und die Wörter „der Angaben zur Nutzung“ gestrichen.
  - Absatz 4 Satz 3 wird aufgehoben.
- § 11 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:  
 „(4) Die Ergebnisse einer Katastervermessung zur Bestimmung der Außengrenze eines Flurbereinigungsgebietes oder eines Neuvermessungsgebietes in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, bleiben nach der Bestandskraft des Flurbereinigungsplanes unverändert. Die Ergebnisse einer nach dem 1. Januar 2023 abgeschlossenen Katastervermessung zur Bestimmung der Außengrenze des Verfahrensgebietes in Bodenordnungsverfahren nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418), das zuletzt durch Artikel 136 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)

geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, bleiben nach der Bestandskraft des Bodenordnungsplanes unverändert.“

7. In § 14 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 werden die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2016 (SächsGVBl. S. 78)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29)“ ersetzt.
8. Dem § 15 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:  
„Die Verpflichtung nach Satz 1 entfällt auf Antrag, wenn das Trennstück im unbeplanten Außenbereich liegt, land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird und eine Flächengröße von mehr als 0,5 Hektar aufweist. Die erforderliche Flächengröße ist auch erreicht, wenn mehrere Trennstücke aneinandergrenzen und zusammen eine Flächengröße von mehr als 0,5 Hektar aufweisen.“
9. Dem § 16 wird folgender Absatz 7 angefügt:  
„(7) Grenzpunkte von Flurstücksgrenzen, für die ein Katasternachweis nach § 12 Absatz 2 vorliegt und die zuletzt abgemarkt waren, werden auf Antrag ohne vorangehende Grenzwiederherstellung erneut abgemarkt.“
10. § 17 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:  
„Abweichend von Absatz 1 Satz 2 haben Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure die vermessungstechnischen Unterlagen bei der für die Fortführung zuständigen unteren Vermessungsbehörde zur Einsicht auszulegen, wenn sie eine Katastervermessung und Abmarkung weder auf dem Gebiet ihres Amtsbezirkes noch eines unmittelbar angrenzenden Landkreises oder einer Kreisfreien Stadt durchführen.“

11. In § 19 werden in der Überschrift sowie in den Absätzen 1 und 2 die Wörter „und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure“ jeweils durch die Wörter „sowie Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure“ ersetzt.

#### Artikel 3

#### Schlussvorschriften

##### § 1

#### Übergangsbestimmung

Artikel 2 Nummer 8 ist auf die vor Inkrafttreten dieser Bestimmung gestellten Anträge auf Katastervermessung und Abmarkung nicht anzuwenden.

##### § 2

#### Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. März 2023 in Kraft.

(2) Am 1. Mai 2023 treten folgende Bestimmungen in Kraft:

1. Artikel 1 Nummer 4
  - a) Buchstabe b Doppelbuchstabe bb,
  - b) Buchstabe c Doppelbuchstabe aa,
  - c) Buchstabe k,
2. Artikel 2 Nummer 2 und 5.

Dresden, den 25. Januar 2023

Der Staatsminister für Regionalentwicklung  
Thomas Schmidt

# **Verordnung des Landratsamtes Bautzen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Bernsdorfer Teichlandschaft“**

**Vom 23. Januar 2023**

Aufgrund von § 20 Absatz 2 Nummer 4, § 26 und § 22 Absatz 2 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 geändert worden ist, in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie §§ 13 und 20 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 47 Absatz 1, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 4 und § 46 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes wird durch das Landratsamt Bautzen verordnet:

## **§ 1**

### **Erklärung zum Ausgliederungsgebiet**

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der  
Gemeinde/Stadt: Bernsdorf  
Gemarkung: Wiednitz Flur 4, Wiednitz Flur 6  
Landkreis: Bautzen  
werden aus dem LSG „Bernsdorfer Teichlandschaft“ ausgliedert.

## **§ 2**

### **Ausgliederungsgegenstand**

(1) Das Ausgliederungsgebiet hat eine Größe von insgesamt circa 0,34 ha. Es umfasst nach dem Stand vom 23. Januar 2023 auf dem Gebiet der Stadt Bernsdorf, Gemarkung Wiednitz Flur 4, Landkreis Bautzen teilweise das Flurstück 1 und auf der Gemarkung Wiednitz Flur 6, Landkreis Bautzen teilweise die Flurstücke 61 und 76.

(2) Das Ausgliederungsgebiet ist in einer Liegenschaftskarte des Landratsamtes Bautzen vom 30. September 2022 im Maßstab 1:1 000 und einer Übersichtskarte vom September 2022 im Maßstab 1:10 000 grün umgrenzt eingetragen. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragung auf der Flurkarte. Die Karten sind Bestandteil der Verordnung.

(3) Die Verordnung mit Karten wird beim Landratsamt Bautzen, Verwaltungsstandort Kamenz, Macherstraße 55, 01917 Kamenz zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

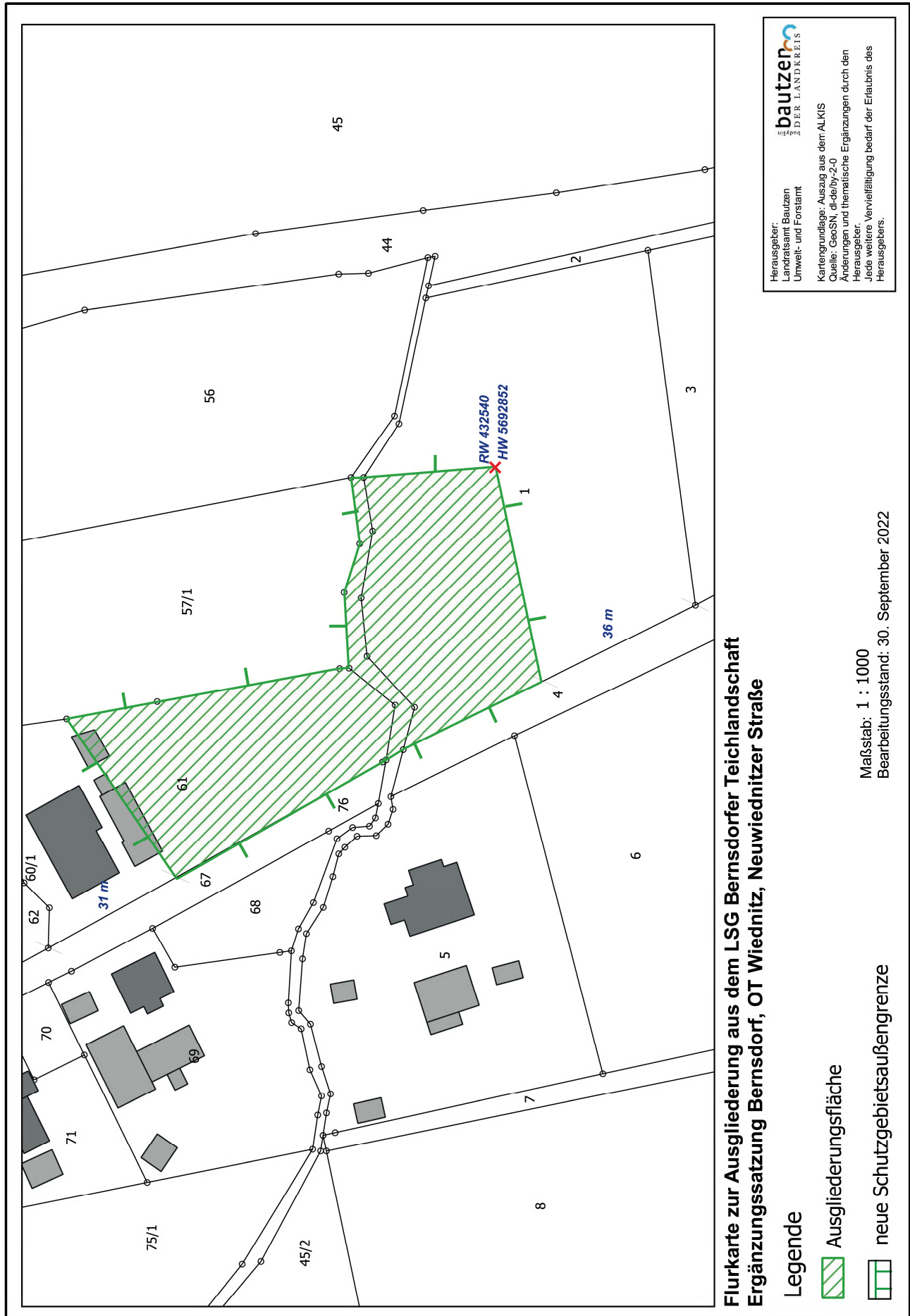
## **§ 3**

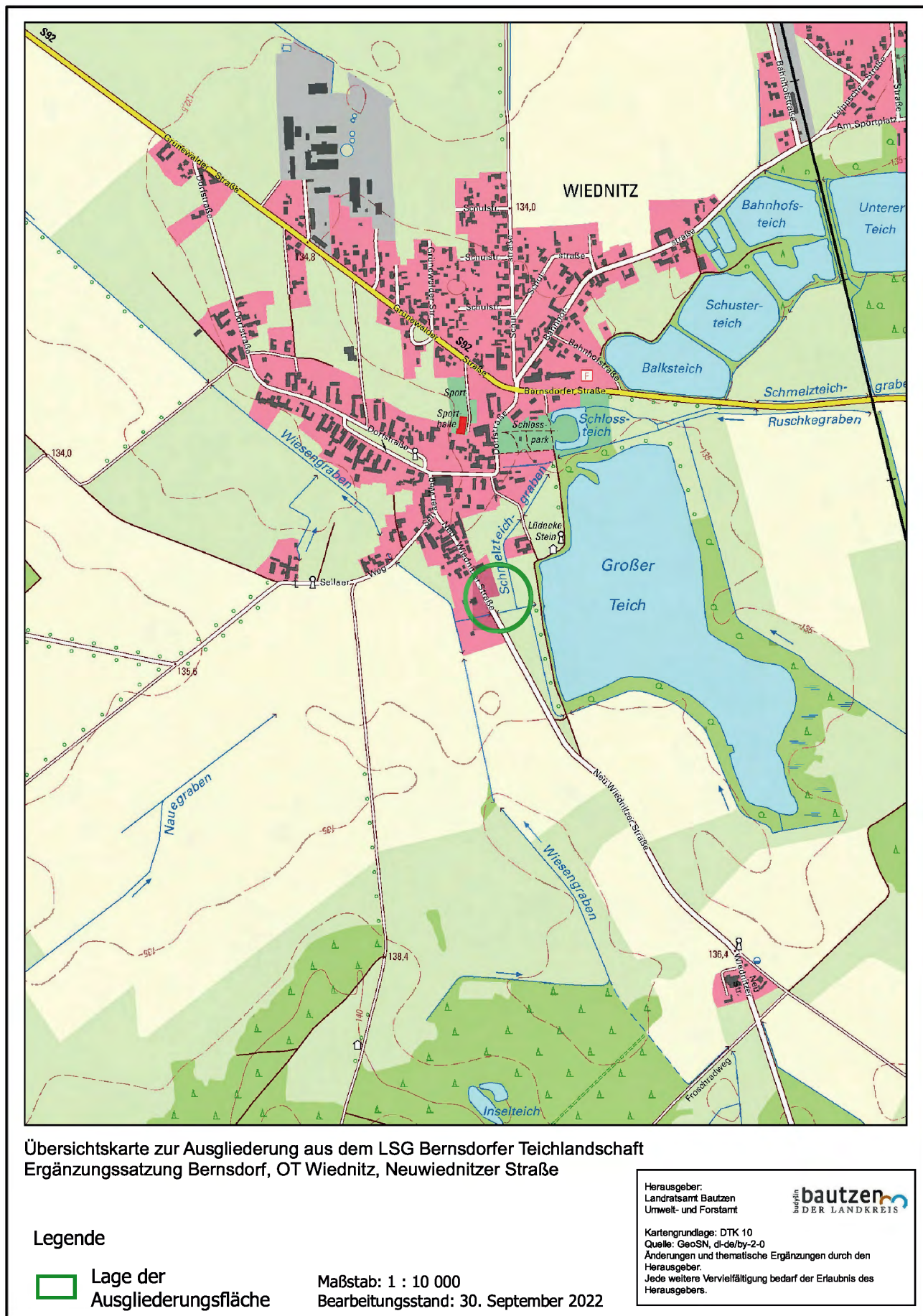
### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Kamenz, den 23. Januar 2023

Landratsamt Bautzen  
Dr. Reinisch  
Beigeordnete









---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 4 85 26 0  
Telefax: 0351 4 85 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

6. Februar 2023

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 87,64 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 21,35 Euro Postversand) bzw. 61,83 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73796, PVSt +4, **Deutsche Post** 